Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Alle Mitglieder wurden ordnungsgemäß geladen.

Vorsitzender:	Oberbürgermeister	Dieter Thalhammer
Anwesend sind:	3. Bürgermeister	Benno Zierer
	die Stadträte	Eschenbacher
		Lintl
		Hölzl
		Eberhard
		Nast
		Grimm
		Sahlmüller
		Kammler
		Bönig
		Irlstorfer (bis 19.50 Uhr)
		Vogl
Ersatzmitglieder:	Stadträtin	Heinlein-Zischgl
	2. Bürgermeister	Rudolf Schwaiger (ab 19.50 Uhr)
Abwesend und entschuldigt:	Stadträte	Bauer
Weitere Teilnehmer:		Stadtdirektor Koch
		VR Widmann
		OVRin Hagl
		VARin Frohnapfel
		Herr Jobst
		Herr Piller
		Herr Bäuerle
		Herr Spangler

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Schriftführerin: Irene Striegl
Beginn der öffentlichen Sitzung: 17.00 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Protokolle der HA-Sitzungen vom 05.09. und 10.10.2011 liegen auf und gelten nach Abschluss der Sitzung als genehmigt.

T a g e s o r d n u n g

1) Bekanntgaben
   a) Sitzungstermine
   b) Bekanntgaben aus nichtöffentlicher HA-Sitzung vom 05.09.2011
   c) Bekanntgabe von Auftragsvergaben
2) Bluetooth-Pilotprojekt für die Verkehrsdatenerfassung und die Lichtsignalanlagensteuerung
3) Haushalt 2012 der Stadt Freising
   – Vorberatung –
4) Aufsichtsratsumbesetzungen
5) Berichte und Anfragen
   a) Anfrage StR Hölzl – Ausbau bzw. Sanierung Sportplatz; Fehlende Abgrenzung zur Goldach
   b) Anfrage StR Hölzl – Sportanlage Attaching; Wohnhaus Schimmelbildung
   c) Anfrage Freisinger Tagblatt und Kath. Kirche bezüglich der Veranstaltung von Podiumsdiskussionen anlässlich der Oberbürgermeisterwahl 2012

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

TOP 1a **Bekanntgaben**
Sitzungstermine
Anwesend: 14

Der Vorsitzende gibt nachfolgende Sitzungstermine bekannt:

Hauptausschuss:
Montag, 21.11.2011, 17.00 Uhr
Montag, 05.12.2011, 17.00 Uhr

Stadtrat:
Mittwoch, 23.11.2011 (mit Haushalt), 19.00 Uhr
Mittwoch, 14.12.2011 (Abschluss), 19.00 Uhr.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass möglicherweise am Montag, 21.11.2011, 16.00 Uhr, vor dem Hauptausschuss eine Besprechung stattfinden wird. Hierüber werde noch rechtzeitig informiert.

TOP 1b **Bekanntgaben**
Bericht Stadtdirektor Koch – Flughafen München;
Planung einer 3. Start- und Landebahn
hier: Klageerhebung gegen Planfeststellungsbeschluss
Anwesend: 14

Stadtdirektor Koch informiert die Mitglieder des Hauptausschusses, dass auftrags- bzw. beschlussgemäß gegen den Planfeststellungsbeschluss für den Bau einer 3. Start- und Landebahn fristgerecht Klage beim VGH München eingereicht worden sei. Zeitgleich habe man auch einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die gesetzliche sofortige Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses gestellt. Dieser sei inner-

halb der gegebenen 1-Monatsfrist mit einem 57-seitigen Schriftsatz begründet worden. In den nächsten 6 Wochen sei nunmehr die Klagebegründung zu erstellen, die sicherlich noch sehr viel umfangreicher und detaillierter sein wird als die Begründung zum Eilantrag. Die Begründung zum Eilantrag musste sich im wesentlichen auf eine gewisse Interessensabwägung beschränken nämlich zwischen dem sofortigen Baubeginn und damit einhergehenden unwiederbringlichen Folgen oder einer Aussetzung, bis das Gericht die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses beurteilen könne. Nachdem sowohl der Bayerische Ministerpräsident als auch die Flughafen München GmbH mitgeteilt haben, vom Sofortvollzug keinen Gebrauch zu machen bis hierüber gerichtlich entschieden sei, meine er, könnte ein Gericht entscheiden, dass die sofortige Vollziehung entsprechend hinausgeschoben werde. Letztlich müsse man aber die Entscheidung abwarten.

Der Bericht dient zur Kenntnis.

TOP 1b **Bekanntgaben**

Bekanntgaben aus nichtöffentlicher HA-Sitzung vom 05.09.2011

Anwesend: 14

Der Vorsitzende gibt nachfolgende Beschlüsse aus der nichtöffentlichen HA-Sitzung vom 05.09.2011 bekannt:

a) Die Ausrichtung des Weihnachtsmarktes Freisinger Advent 2011 bis 2013 wurde an den Verein Prima leben und stereo e. V. mit einer Verlustübernahme bis zu 10.000,00 € jährlich vergeben.
b) Die Breitbanderschließung in Freising wird mittels 2 Losen an die Firma Telekom vergeben. Die erforderlichen Mittel sollen im Haushalt 2012 vorgesehen und die Maßnahmen in 2012 durchgeführt werden.

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des

Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

TOP 1c **Bekanntgaben**

Bekanntgabe von Auftragsvergaben

Anwesend: 14

Der Vorsitzende gibt nachfolgende Auftragsvergaben bekannt:

Datum des Auftrages	Ref.	Objekt	Gewerk	Firma	Summe Euro
12.10.2011	65	Umbau und Sanierung Wasserwirtschaftsamt, Freising	Lüftung, Nachtragsangebot 03	Baier GmbH, Osterhofen	28.337,33
12.10.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Zimmererarbeiten Außenverkleidung	Montageservice Hundseder, Attenkirchen	25.885,83
12.10.2011	65	Luitpoldanlage - Anbau einer Außenstahltreppe an Sporthalle	Baumeisterarbeiten	Pollich, Freising	25.941,61
20.10.2011	65	Luitpoldanlage - Anbau einer Außenstahltreppe an Sporthalle	Schlosserarbeiten	Pietschmann, Neutraubling	92.859,79
12.10.2011	65	Lehrerzimmererweiterung und Umbau der Fachräume der Karl-Meichelbeck-Realschule	Einrichtung Fachräume Biologie/Chemie	Hohenloher Spezialmöbelfabrik, Öhringen	155.277,57
20.10.2011	65	Lehrerzimmererweiterung und Umbau der Fachräume der Karl-Meichelbeck-Realschule	Elektroinstallation	Schlegl GmbH, Marzling	61.671,71
25.10.2011	65	Lehrerzimmererweiterung und Umbau der Fachräume der Karl-Meichelbeck-Realschule	Heizungsarbeiten	Deuter Michael, Freising	17.654,07
27.10.2011	65	Lehrerzimmererweiterung und Umbau der Fachräume der Karl-Meichelbeck-Realschule	Ausstattung	VS Vereinigte Spezialmöbelfabriken GmbH & Co. KG, München	22.428,76

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

TOP 2 **Bluetooth-Pilotprojekt für die Verkehrsdatenerfassung und die Lichtsignalanlagensteuerung**
Anwesend: 14

Herr Piller berichtet über den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StR Vogl schickt voraus, dass er sich früher beruflich, auch als Mathematiker, intensiv mit Kryptologie und Verschlüsselungstechnik beschäftigt habe und auch für die Sicherheit im Internet eines größeren Unternehmens verantwortlich gewesen sei. Insofern sei ihm der heute vorgetragene Sachverhalt vertraut. Er widerspreche nur ungern, aber der Inhalt der Beschlussvorlage sei schlichtweg falsch. Dies sei wohl durch die Firma so mitgeteilt worden. Aber die Aussage, dass die MAC-Adresse über eine „Hash-Funktion" so transformiert werden könne, dass sie nicht mehr reidentifizierbar sei – was die Grundlage des Datenschutzes sei – sei falsch. Er erläutert, dass die MAC-Adresse eines jeden Gerätes über einen modernen PC, wie man ihn z. B. bei Aldi erhalte, binnen Sekunden rückgerechnet werden könne. Er erläutert das entsprechende Verfahren. Es nütze also nichts, wenn die MAC-Adresse gleich gehasht werde und nur noch der Hash gespeichert werde, wenn jeder mit etwas technischem Know-How in der Lage sei, diesen Hash zurückzurechnen. Insofern glaube er, dass der Bundesdatenschutzbeauftragte dieses Projekt sofort stoppen würde. Er meine, dass es die Pflicht der Stadt sei, diesbezüglich ein Gutachten des Bundesdatenschutzbeauftragten einzuholen. Er hätte kein gutes Gefühl, wenn man heute einen vorschnellen Beschluss fälle, zumal mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der von ihm ausgeführte Sachverhalt zutreffen werde. Er bitte daher die Thematik heute zurückzustellen und ein entsprechendes Schreiben an den Bundesdatenschutzbeauftragten mit der Bitte um eine Stellungnahme zu richten.

Herr Piller erläutert, dass man telefonisch mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten Kontakt aufgenommen habe. Dieser habe mitgeteilt, dass es sich hier um Länderrecht handle und seine Behörde daher nicht zuständig sei.

Ihm sei mitgeteilt worden, dass eine Rückrechnung angeblich technisch nicht mehr möglich sei, wenn ein Hash stattgefunden habe. Zuständig sei der örtliche Datenschutzbeauftragte. Man könnte noch das bereits angesprochene Bayern-CERT abwarten.

StR Vogl teilt mit, dass dies gar nichts bringe. Es müsse ein Kryptologe mit der Angelegenheit befasst werden. Bei einem 48 Bit starken Geheimnis und die MAC-Adresse sei nur 48 Bit stark, könne man diese innerhalb von Sekunden mit einem modernen Rechner durchrechnen und die Hashwerte vergleichen, so dass eine Rückrechnung möglich sei. Dies sei die Schwachstelle. Er sei gerne bereit ein entsprechendes Fachschreiben aufzusetzen, in dem man den Datenschutzbeauftragten hierauf hinweise und um seine Stellungnahme bitte. Diese sollte man auch abwarten.

StRin Bönig trägt vor, dass das vorgestellte System sicherlich Vorteile bringe. Allerdings habe sie ebenfalls ein Problem bezüglich des Datenschutzes. Der Hinweis in der Sitzungsvorlage, dass kein Datenmissbrauch möglich sei, sei nicht richtig, da es heutzutage überhaupt nicht möglich sei, einen Datenmissbrauch auszuschließen. Sie erkundigt sich bezüglich der personenbezogenen Daten in der Praxis.

Herr Piller erläutert, dass es keine personenbezogenen Daten gebe. Das Autokennzeichen spiele bei diesem System keine Rolle sondern z. B. das Navi, welches eben eine entsprechende MAC-Adresse habe. Das von StR Vogl angesprochene Problem sehe er irgendwo. In den Diskussionen mit den Experten sei mitgeteilt worden, dass bei der Erfassung von Bluetooth-Gerät zu bluetoothfähigem Gerät diese MAC-Adresse sofort über einen Code verschlüsselt und die normale Eingangscodenummer, also die MAC-Adresse, sofort gelöscht werde. Insofern gebe es keine personenbezogenen Daten, nur auf dieses bluetoothfähige Gerät wäre ein Rückgriff möglich. Er gebe allerdings grundsätzlich StRin Bönig recht. Er sehe, dass nur über diese technischen Möglichkeiten eine Retransformierung denkbar wäre. Er erkläre sich aber gerne bereit, nochmals nachzufragen. Das Problem sei momentan, dass der Bundesdatenschutzbeauftragte auf das Länderrecht verweise. Der Bayerische Landesschutzbeauftragte habe ausgeführt, dass das Thema bekannt sei. Es gebe hierzu noch

---

keine höchstrichterliche Entscheidung. Nachdem es sich um keine personenbezogenen Daten handle, sehe man keine größere Gefährdung. Zuständig sei auf jeden Fall der örtliche Datenschutzbeauftragte in der Verwaltung. Wenn aber seitens des Ausschusses nochmals eine Stellungnahme gewünscht werde, dann sei er gerne bereit, diese anzufordern, er nehme auch gerne das Angebot von StR Vogl zur Unterstützung in Anspruch.

Auf Nachfrage von StRin Bönig erläutert Herr Piller, dass der örtliche Datenschutzbeauftragte eine Gefährdung nicht zu 100 % ausschließen könne. Bezüglich des Einsatzes des Systems in Hamburg verweist er nochmals darauf, dass es sich um Länderrecht handle. In Hamburg seien die transformierten Daten aktenkundig, allerdings finde hier keine weitergehende Auswertung wie z. B. bei Umleitungsstrecken mit Eingriff in die Ampelschaltung statt. Ihm seien auch keine anderen Städte bekannt, die sich ebenfalls an diesem Projekt beteiligen. Er gehe davon aus, dass Gespräche laufen, aber für die Vorstellung in Amsterdam sei seines Wissens nur die Stadt Freising vorgesehen.

StR Eschenbacher sieht in diesem Projekt eine große Chance und würde dem grundsätzlich gerne nähertreten. Allerdings dürfe es keine Lücke bezüglich des Datenschutzes geben. Er erkundigt sich, ob nicht die Möglichkeit bestehe, eine schriftliche Stellungnahme vom Landesdatenschutzbeauftragten einzuholen. Sobald eine positive Stellungnahme vorliege, könnte man sich an dem Pilotprojekt beteiligen.

Beschluss Nr. 329/72a

Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Die Angelegenheit wird zurückgestellt. Vom Landesdatenschutzbeauftragten soll mit Unterstützung von StR Vogl eine entsprechende Stellungnahme eingeholt werden.

Herr Bäuerle verabschiedet sich.
StR Hölzl verlässt den Raum.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

TOP 3 Haushalt 2012 der Stadt Freising
– Vorberatung –
Anwesend: 14

Der Vorsitzende erläutert, dass die Prämisse für den Haushalt 2012 seinerseits der Versuch gewesen sei, einen Haushalt ohne neue Kreditaufnahme aufzustellen. Dies sei bis jetzt noch nicht ganz gelungen, aber man sei auf einem guten Weg. Aus dem Haushalt 2010 bestehe noch eine Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 6,8 Mio. €. Die Verwaltung gehe davon aus, dass diese Kreditermächtigung in 2011 nicht mehr in Anspruch genommen werden müsse, womit sie aber dann verfalle. Theoretisch könnte man diese Kreditermächtigung mit 6,8 Mio. € in 2011 noch ausüben, allerdings würde sich dementsprechend auch die Schuldenlast erhöhen. Die 6,8 Mio. € könnten dann in die Rücklage eingestellt und im nächsten Haushaltsjahr wieder entnommen werden. Er hielte diesen Weg nicht für richtig und dies würde auch den Äußerungen der meisten Fraktionen im letzten Jahr, die Verwaltung soll die Entschuldung vorantreiben, widersprechen.
Im Haushaltsgespräch mit den Fraktionsvorsitzenden sei hart gearbeitet worden, ebenso seien bereits in der Verwaltung im Vorfeld intensiv Einsparungen erarbeitet worden. Manche Wünsche der Fachabteilungen konnten nicht erfüllt werden, wie auch manche Wünsche von Referenten nicht berücksichtigt werden konnten. Einige Stellenmehrungen habe man auch negativ gesehen.

StR Hölzl nimmt wieder an der Sitzung teil.

Im Verwaltungshaushalt bestehe nach wie vor ein Defizit von 1,4 Mio. €. Man gehe aber davon aus, dass man dieses Defizit noch um 500.000 € durch eine bessere Einkommensteuerbeteiligung kürzen könne, nachdem die jüngste Schätzung besser als die vorangegangenen ausgefallen sei. Insofern gehe man nunmehr von einem Defizit von 900.000 € aus.
Im Vermögenshaushalt bestehe noch ein Defizit von 12,6 Mio. €.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Zum Haushaltsausgleich von berichtigt 900.000 € im Verwaltungshaushalt sowie 12,6 Mio. € im Vermögenshaushalt plane man eine Entnahme aus der Rücklage von derzeit rund 7 Mio. €, so dass noch ca. 5,5 Mio. € im Vermögenshaushalt ausgeglichen werden müssten. Nach Abschluss der heutigen Beratungen wolle man sich Gedanken darüber machen, wie dieses Restdefizit mit ca. 5,5 Mio. € noch ausgeglichen werden könne und welche Vorschläge diesbezüglich unterbreitet werden.
Nach Aussagen von Managern großer Banken werde man in keine positive Zeit gehen sondern es seien doch wieder dunkle Wolken zu befürchten. Dies sollte man bei der Haushaltsplanberatung sicherlich nicht aus den Augen verlieren. Aus diesem Grund habe man positive Ansätze gewählt, um keine Neuverschuldung eingehen zu müssen. Bislang sei dies auch die Maxime bei den bisherigen Beratungen gewesen. Das Ergebnis solle nunmehr heute vorgestellt werden.

StR Eschenbacher erkundigt sich, nachdem die Bundesrepublik derzeit äußerst günstige Kredite mit 0,03 % Zinsen erhalte, ob sich dies auch auf die kommunale Kreditbeschaffung auswirke.

OVRin Hagl teilt mit, dass die Stadt zu solch günstigen Konditionen keinen Kredit erhalte. Aber grundsätzlich könnte man natürlich die derzeit günstige Zinsphase nutzen, um Umschuldungen vorzunehmen oder Zinssicherungsinstrumente einzusetzen, wie vor kurzem beschlossen.

StR Eschenbacher fragt nach, ob man dann nicht eventuell doch die noch vorhandene Kreditermächtigung nutzen sollte, um den Betrag in die Rücklagen einzustellen, wenn man derzeit einen günstigen Zinssatz erhalten könne.

Referent StR Vogl führt aus, dass sich die Bundesrepublik Deutschland momentan mit durchschnittlich 2 % Zinsen refinanziere. Die Stadt nehme aber die Kredite auf dem freien Kapitalmarkt also bei den Banken auf und müsse derzeit mit Zinsen zwischen 3 bis 4 % rechnen. Seines Wissens bleibe nach den aktuellen Prognosen das Zinstief für die nächsten 12 Mo-

nate. Die Steuereinnahmen sehe er kritisch. Hier sagen übereinstimmend alle Prognosen, dass im nächsten Jahr das Wirtschaftswachstum massiv einbrechen werde und somit auch die Steuereinnahmen. Insoweit tue man gut daran, vorsichtig zu kalkulieren. Nach seiner persönlichen Auffassung stehe man aufgrund der Eurokrise im nächsten Jahr noch vor wesentlich massiveren Einschnitten.

Der Vorsitzende merkt an, dass bezüglich der Verzinsung der kommunalen Darlehen erst in der letzten HA-Sitzung am 10.10.2011 ein Bericht zur Kenntnis gebracht worden sei, wonach die Stadt bei den vorhandenen Krediten optimal aufgestellt sei.

OVRin Hagl erläutert, dass man unter der Prämisse – keine Neuverschuldung – die Haushaltsberatungen geführt habe. Ob dieses Ziel letztlich erreicht werden könne, hänge vom Rechnungsergebnis 2011 ab. Die Kreditermächtigung aus 2010 werde in 2011 definitiv nicht benötigt. Derzeit sei noch eine Angelegenheit anhängig, bei deren positiven Ausgang unter Umständen das derzeit noch vorhandene Defizit aus der Rücklage finanziert werden könnte. Insofern wäre es aus ihrer Sicht nicht richtig, die Kreditermächtigung nur auszuschöpfen, weil sie ansonsten verfalle. Die Zielsetzung wäre schon, nach Möglichkeit einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Kreditaufnahme aufzustellen. Unter diesem Aspekt seien – wie bereits ausgeführt – auch die Beratungen geführt worden.
Zu Beginn der Haushaltsberatungen habe man im Verwaltungshaushalt mit einem Defizit von 4,1 Mio. € und im Vermögenshaushalt mit einem Defizit von 28 Mio. € begonnen. In der ersten Beratungsrunde, alle Ansätze seien auf den Prüfstand gestellt worden, konnte das Defizit im Vermögenshaushalt um ca. 11 Mio. € auf ca. 17,8 Mio. € reduziert werden. Beim Referatsleiterwochenende konnten nochmals Einsparungen erreicht werden und auch bei den Fraktionsberatungen seien nochmals Kürzungen vorgenommen worden, so dass letztlich noch ein Defizit im Vermögenshaushalt von 12,6 Mio. € verblieben sei.
Hieraus sei schon erkennbar, dass man die Aufgabe sehr ernst genommen habe und nur das Machbare im jetzigen Haushaltsentwurf abgebildet sei.
Insgesamt führt sie aus, dass sie vom Ergebnis der November-Steuerschätzung tatsächlich überrascht worden sei. Sie habe eher mit einem schlechteren Ergebnis als im Mai gerechnet,

---

mit dem man zunächst geplant habe. Dies führe aber nun dazu, dass man nochmals ca. 500.000 € an Mehreinnahmen einplanen könne. Aktuell seien 20,1 Mio. € Gewerbesteuer in den Haushalt eingestellt, ggf. werde man diesen Ansatz noch etwas erhöhen. An Einkommensteuerbeteiligung habe man 24 Mio. € eingestellt. Man rechne aktuell aufgrund der Ergebnisse in den letzten Jahren auch mit einer Schlüsselzuweisung von 1,5 Mio. €. Dieser Ansatz sei nicht kalkulierbar, so lange die Schlüsselzahlen vom Freistaat Bayern nicht bekanntgegeben seien.
Ebenfalls eingeplant sei eine Gewinnabführung in Höhe von mind. 500.000 € von den Stadtwerken Freising. Auch gehe man von einer vollen Erwirtschaftung der Konzessionsabgaben aus.
Nachdem ihrer Meinung nach der Verwaltungshaushalt auf Null gestellt werden könne, sollte man sich heute auf den Vermögenshaushalt konzentrieren.
Ergänzend teilt OVRin Hagl noch mit, dass man eigentlich eine Mindestzuführung in Höhe von ca. 3 Mio. € vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt erwirtschaften müsste. Die Zielsetzung, nachhaltig Einnahmen vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt zu transferieren, konnte allerdings nicht erreicht werden. Eigentlich bedürfe es wesentlicher Einnahmen im Verwaltungshaushalt, um die künftigen Investitionen im Vermögenshaushalt tätigen zu können. Dies sei leider trotz der guten Finanzdaten nicht möglich. Allerdings benötige man auch keine Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt. Dies sei die oberste Prämisse und eigentlich die Voraussetzung für eine Genehmigung des Haushalts durch die Kommunalaufsicht.

Der Vorsitzende merkt an, eingedenk der Vorberatungen im letzten und vorletzten Jahr habe Herr Widmann den Ansatz für EDV (391.000 €), AOD 130, mit StR Vogl besprochen. Das Ergebnis dieser Besprechung (346.495 €) sei in den Haushalt übernommen worden.

StRin Lintl findet es auffällig, dass wiederholt bei der Einkommensteuer eine höhere Zahl als in der Gewerbesteuer angegeben sei. Bei der Gewerbesteuer gebe es bekanntlich nur wenige Firmen, die letztlich diese Summe erzielen. Sie möchte gerne wissen – und hierüber erhalte sie nie Unterlagen oder Daten – wie hoch im Bereich der Einkommensteuer die Zahl der

---

Selbständigen sei. Eine Zahl oder einen Prozentsatz müsste man wissen, um auch in der Wirtschaftsförderung Aussagen treffen zu können, wie die Selbständigen in der Stadt Freising agieren. Evtl. bestehe die Möglichkeit, über eine Schlüsselzahl beim Finanzamt an solche Zahlen heranzukommen. Es gebe unheimlich viele Dienstleister, wie z. B. Ausgründungen aus Weihenstephan, Notare, Rechtsanwälte, Architekten, Planungsbüros usw., also eine beliebige Vielzahl Selbständiger. Diese Wirtschaftskraft müsste eigentlich in der Wirtschaftsförderung genannt und dargestellt werden. Sie bittet um eine Nachfrage beim Finanzamt, ob man über eine Schlüsselzahl an Grunddaten herankommen könne. Es heiße immer, dass es angeblich über die Flughafennähe auch Einkommen in den unteren Kategorien gebe, trotzdem werde aber eine relativ hohe Einkommensteuer erzielt. Dieses Rätsel würde sie gerne lüften wollen bzw. hinterfragen.

Der Vorsitzende sagt eine Nachfrage beim Finanzamt zu. Er merkt weiterhin an, dass in Freising ca. 4.000 Gewerbebetriebe gemeldet und davon ca. 3.000 Nullfälle seien. 65 Betriebe bzw. Steuerveranlagte bezahlen mehr als 50.000 € Gewerbesteuer.

OVRin Hagl teilt dazu mit, dass es ihres Erachtens unmöglich sei, den Anteil der Selbständigen festzustellen. Sie werde aber entsprechend nachfragen.

Im Folgenden werden die Ausgaben im Vermögenshaushalt gemäß Anordnungsdienststellen (AOD) kurz erläutert. Folgende Haushaltsansätze werden diskutiert:

AOD 111, lfd. Nr. 40 Defibrillatoren

VR Widmann erläutert, dass auch unter Hinzuziehung vom Bayerischen Roten Kreuz angeregt worden sei, Defibrillatoren nicht nur innerhalb der Gebäude anzuschaffen sondern auch zentral einen Defibrillator außerhalb von Gebäuden aufzustellen. In den nächsten Tagen werde hierzu ein Termin stattfinden. Sinn und Zweck der Sache sei, einen Defibrillator in der Öffentlichkeit, zentral in der Innenstadt zu installieren, da die in Gebäuden installierten Ge-

räte nur temporär zur Verfügung stehen. Allerdings sei ein Gerät zur Installation im Freien wesentlich teurer, da eine entsprechende Beheizung und ein Witterungsschutz notwendig seien.
Der Haushaltsansatz in Höhe von 10.000 € für 2012 bleibt bestehen.

AOD 120, lfd. Nr. 4 Beschaffung von Fahrzeugen

VR Widmann erläutert, dass der Ansatz von 15.000 € erhalten bleiben sollte, da die Erfahrungen mit dem StadtTeilAuto noch zu kurz seien. Eine mögliche Ersatzbeschaffung werde aber natürlich genauestens geprüft.

StRin Kammler teilt mit, dass derzeit nur eine geringe Nutzung des StadtTeilAutos erfolge. Möglicherweise werde dies mit einem neuen Standort besser.

VR Widmann erläutert, dass hier eine laufende Überprüfung stattfinde.
Der Vorsitzende merkt an, dass im Falle einer Ersatzbeschaffung die Ausnutzung des StadtTeilAutos nochmals geprüft werde.

Der Haushaltsansatz in Höhe von 15.000 € in 2012 bleibt bestehen.

AOD 412, Schulausstattung EDV

OVRin Hagl erläutert die Ansätze, welche in einem Gespräch mit StR Vogl besprochen worden seien.
StR Vogl stellt fest, dass das Gespräch von der Verwaltung sehr gut vorbereitet worden sei.
Die noch enthaltenen Maßnahmen seien notwendig und nicht mehr zu verschieben.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Bgm. Zierer trägt vor, das Frau Obermaier, Rektorin der Realschule, moniert habe, dass bei der Verkabelung von Datenleitungen noch Bedarf gegeben sei.
Herr Jobst teilt mit, dass der Neubau in Holzständerbauweise komplett verkabelt werde.

Bgm. Zierer ist der Auffassung, dass es Frau Obermaier um den Altbau gegangen sei.

Herr Jobst erläutert, dass das sogenannte Verwaltungsnetz in den Schulen diskutiert worden sei. Dieses sei mittlerweile abgearbeitet. Das gewünschte Schulnetz sei allerdings aufgrund der Höhe der Investition derzeit nicht machbar.

AOD 413, lfd. Nr. 74 Realschule, EDV-Hardware

OVRin Hagl erläutert, dass bei diesem Ansatz 10.000 € für ein mobiles Bord vorgesehen seien. In der Vorbesprechung sei der Ansatz versehentlich nicht enthalten gewesen.

StRin Lintl regt an, hier nochmals Preisvergleiche anzustellen. Ihres Wissens gebe es ein mobiles Bord – hochschultauglich – auch zu einem günstigeren Anschaffungspreis.

OVRin Hagl spricht sich für den Erhalt des Ansatzes aus. Die EDV werde entsprechend beauftragt, die günstigste Lösung zu finden.

Der Haushaltsansatz für 2012 mit 21.000 € bleibt erhalten.

AOD 419 Asamtheater, Lindenkeller, Luitpoldhalle, Fremdenverkehr, Kartenvorverkauf

OVRin Hagl erläutert, dass in den Fraktionsberatungen ein Überprüfungsauftrag bezüglich des Ansatzes ergangen sei.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Die Ansätze seien zwischenzeitlich nochmals mit dem Fachamt diskutiert worden. Letztlich konnte der Ansatz einvernehmlich von insgesamt bisher 25.800 € auf nunmehr 21.500 € reduziert werden.

AOD 470 Archiv

Der Vorsitzende erinnert an seinen Hinweis bei den Fraktionsberatungen, dass der Ansatz evtl. nicht ausreichen werde. Er befürworte aber einen Erhalt des bisherigen Ansatzes. Die weitere Entwicklung bleibe abzuwarten.

AOD 640, lfd. Nr. 145 Spiel- und Bolzplatz Karwendelring

Herr Spangler berichtet, dass die Planung nochmals überarbeitet worden sei. Er erläutert die dabei erreichten Einsparmöglichkeiten anhand der Tischvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. Abschließend ergibt sich somit einer reduzierter Ansatz mit 260.000 € (bisher 315.000 €) in 2012. Für 2013 müsste anhand der überarbeiteten Planung ein Ansatz mit 460.000 € getroffen werden.

StRin Kammler verweist auf die mehrfach stattgefunden Gespräche. Sie habe den Eindruck, dass das Projekt immer weiter reduziert werde. Sie bezieht sich auf den stetigen Zuzug im Freisinger Norden. Beispielhaft verweist sie in diesem Zusammenhang auf die Außenanlagen der Schule Vötting, die mit einem Ansatz von 200.000 € enthalten seien und lediglich während der Schulzeiten benutzt werden können. Sie spricht sich nachdrücklich gegen eine weitere Reduzierung und Verschiebung dieser Maßnahme aus.

Der Vorsitzende verdeutlicht, dass nicht gekürzt sondern ein Großteil der Arbeiten geschoben worden sei.

StR Irlstorfer stellt ebenfalls fest, dass er die Relation nicht sehe, allerdings in einer anderen Richtung. Es werde hier für einen Spielplatz, der unbestritten sehr wichtig für den Bereich

sei, ca. 1 Mio. € investiert. Der Freisinger Norden benötige verschiedenste Möglichkeiten, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten und austoben können. Seines Erachtens sollten hier bestehende Strukturen mit eingebunden werden. Er habe vor einigen Wochen ein Gespräch mit der SG Eichenfeld geführt. Wenn an dieser Stelle ein Bolz- und Hartplatz geplant werde, sei dies grundsätzlich begrüßenswert. Allerdings könnte man aber auch an einem anderen Standort – bei der SG Eichenfeld – mit diesem finanziellen Aufwand noch ein Spielfeld (Kunstrasen wegen der Winternutzung) zur Verfügung stellen. Ihm gehe es nicht darum, den Spielplatz aus der Haushaltsplanung herauszustreichen sondern man sollte seines Erachtens den Bereich Bolz- und Hartplatz aus der Planung für den Spielplatz herausnehmen und mit dem Verein SG Eichenfeld Überlegungen anstellen, ob nicht eine Doppelnutzung möglich wäre.

Auf Nachfrage von StR Eschenbacher bezüglich der Abfallkörbe trägt Herr Spangler vor, dass man sich überlegen sollte, ob man überhaupt Abfallkörbe anbringe, da diese erfahrungsgemäß zum Großteil der Entsorgung von Hausmüll dienen. Er verweist auf entsprechende Erfahrungen des Städt. Bauhofes.

StR Eschenbacher merkt an, dass zumindest Standardabfallkörbe notwendig seien. Die ansonsten vorgetragenen Einsparungen sehe er nicht so dramatisch. Insgesamt halte er den Spiel- und Bolzplatz an dieser Stelle für wichtig, gerade auch für unorganisierte Kinder und Jugendliche. Er sehe zwar die Problematik der SG Eichenfeld als gegeben, allerdings könne er sich keine gemeinsame Lösung vorstellen. Man müsste eher noch bei der SG Eichenfeld zusätzlich etwas schaffen. Insgesamt denke er, könne man die vorgeschlagenen Einsparungen mittragen.

StRin Bönig erläutert zur Historie, dass dieses Projekt über das Familienforum entstanden sei. Das Familienforum habe damals darauf hingewiesen, dass der Freisinger Norden diesbezüglich unterversorgt sei. Daraufhin habe man in Zusammenarbeit auch mit Kindern eruiert, wo ein entsprechender Spiel- und Bolzplatz untergebracht werden könnte. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die räumliche Entfernung des Karwendelrings zu den Flächen der

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

SG Eichenfeld, welche für die Annahme dieses Platzes nicht darstellbar sei. Insbesondere gehe es um die – von StR Eschenbacher bereits angesprochenen – nicht organisierten Kinder und Jugendlichen. Die grundsätzliche Planung des Spiel- und Bolzplatzes von Frau Reitsam sei ein Ausfluss vieler Diskussionen mit Familien und Kindern. Insofern könne sie sich StRin Kammler anschließen, dass man hier keine Abstriche mehr machen sollte.
StRin Bönig erkundigt sich, ob man die ursprünglich vorgesehene Lärmschutzwand – beidseitig hochabsorbierend – tatsächlich einfach so ändern könne.

Herr Spangler teilt dazu mit, dass er eine hochabsorbierende Lärmschutzwand zur Straße bzw. zum Spielplatz hin in dem bisher geplanten Umfang für nicht notwendig erachte. Anders stelle sich dies zur Bebauung hin dar.
StRin Bönig merkt dazu an, dass man dies im Vorfeld bereits hätte erkennnen können bzw. habe man sich bei der ursprünglichen Planung sicherlich etwas gedacht.
Herr Spangler erläutert, dass dies von der Planerin damals so eingesetzt worden sei. Man befinde sich noch nicht in der Ausführungs- bzw. Entwurfsplanung sondern es handle sich um Vorüberlegungen. Die Notwendigkeit von Lärmschutzeinrichtungen ergebe sich außerdem im Zuge des Bebauungsplanverfahrens.

StR Vogl spricht sich gegen die Überlegungen von StR Irlstorfer aus und verweist ebenfalls auf die räumliche Entfernung zu dem Gelände der SG Eichenfeld, welche die Akzeptanz stark einschränken werde. Der vorgeschlagene Standort des Spiel- und Bolzplatzes beruhe auf einem breiten Konsens im Stadtrat. Im Hinblick auf die massive Bebauung in diesem Bereich sollte diese Einrichtung nunmehr realisiert werden ohne weiter den Rotstift anzusetzen. Das Projekt werde bekanntlich bereits seit einigen Jahren geschoben. Jetzt Teile herauszunehmen und 1 km weiter zu realisieren, wäre sicherlich der falsche Ansatz. Wenn bei der SG Eichenfeld Bedarf bestehe, dann müsse man diesen betrachten und ggf. im nächsten Haushalt einstellen.

StR Hölzl hält die Planung insgesamt für gelungen. Allerdings habe er Bedenken aus der Erfahrung heraus, wenn hier keine Betreuung erfolge bzw. niemand zuständig sei. Er be-

fürchte, dass hier doch in relativ kurzer Zeit Schäden auftreten. Er erkundigt sich, wer dann für den Unterhalt des Platzes zuständig sei. Die räumliche Entfernung zur SG Eichenfeld sei sicherlich zu weit, aber es wäre wichtig, wenn ein Verein oder eine Institution hierfür verantwortlich wäre.

Der Vorsitzende verweist auf das Beispiel Seilerbrückl. Hier halte sich der Unterhaltungsaufwand in Grenzen.

StRin Lintl hält den Spiel- und Bolzplatz für dringend notwendig. Der Bedarf sei in verschiedensten Bürgergesprächen immer wieder festgestellt worden. Der südlichste Spielplatz befinde sich an der Kammergasse. Der Spielplatz im Vimy-Areal sei privat, also nicht öffentlich zugänglich. Sie verweist auf die bereits vorhandene Bebauung in diesem Bereich und die noch in Planung befindliche. Es wohnen hier viele Familien mit Kindern. Es seien zwar hohe Kosten, diese müssten aber ihres Erachtens dringend investiert werden. Es stehe jedem Verein offen, dort z. B. Basketballkurse anzubieten o. ä.. Auch wenn jetzt noch etwas gekürzt werde, bitte sie dringend darum, das Projekt umzusetzen.

StR Irlstorfer betont, dass er keinesfalls die Notwendigkeit des Spielplatzes an dieser Stelle in Frage stellen wolle. Ihm gehe es nur um den Bereich des Bolzplatzes. Hierzu sollte man überlegen, ob nicht eine Doppelnutzung in Zusammenarbeit mit der SG Eichenfeld denkbar wäre. Bezüglich der angesprochenen räumlichen Entfernung verweist er auf eine ähnliche Situation in Lerchenfeld, Savoyer Au zur Katharina-Geisler-Straße. Was in einem Stadtteil möglich sei, sollte auch in einem anderen Stadtteil möglich sein. Er habe lediglich darum gebeten, Überlegungen anzustellen, weil eben Bedarf vom organisierten Sport und vom nicht organisierten Sport gegeben sei.

StRin Sahlmüller bittet, den vorgeschlagenen Umfang dieses Kinderspielplatzes zu beschließen. Ihres Erachtens sei es ein Vorzug, hier auch Nachrüsten zu können. An die Verwaltung sei der Auftrag ergangen, die Planung zu überprüfen. Für absolut unverzichtbar halte sie den Bolzplatz, da hier ganz entscheidend sei, dass in diesem sehr großen Gelände

---

Kinder aller Altersstufen untergebracht werden können und entsprechende Angebote vorhanden seien.
Der Vorsitzende teilt mit, dass die Maßnahme bereits begonnen worden sei. Im Rahmen der Baustellenbereisung werde dieses Projekt offiziell eröffnet. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass mit den großen Baumaßnahmen begonnen werde, wenn der Bebauungsplan Rechtskraft erlangt habe. Man befinde sich derzeit noch im Bebauungsplanverfahren. Bezüglich der SG Eichenfeld werde man dem Vorschlag nachgehen.

Beschluss Nr. 330/72a

Anwesend: 14 Für: 10 Gegen: 4 den Antrag

Im Vermögenshaushalt für das Jahr 2012 wird ein Haushaltsansatz von 260.000 € eingestellt und für das Jahr 2013 wird ein Haushaltsansatz von 460.000 € vorgesehen.

AOD 640, lfd. Nr. 237 Erdinger Straße / Katharina-Mair-Straße Kreuzungsumbau

OVRin Hagl teilt mit, dass hier ein Überprüfungsauftrag ergangen sei.

Herr Spangler erinnert an den Hinweis, dass die Maßnahme gemäß Verkehrsschau nicht notwendig sei. Dies habe man überprüft mit dem Ergebnis, dass die Maßnahme nach wie vor als notwendig erachtet werde, sowohl von der Verkehrsbehörde als auch von der Polizei. Momentan nicht als notwendig angesehen werde eine Verampelung des Einmündungsbereiches Gute-Änger-Straße / Erdinger Straße.
Auf Nachfrage von OVRin Hagl teilt Herr Spangler mit, dass dementsprechend im Finanzplan 2013 der Ansatz mit 150.000 € wieder vorgesehen werden müsse.

Der Ansatz mit 20.000 € für das Haushaltsjahr 2012 bleibt erhalten. Für das Haushaltsjahr 2013 werden 150.000 € eingestellt.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

TOP 5a Berichte und Anfragen
Anfrage StR Hölzl – Ausbau bzw. Sanierung Sportplatz;
Fehlende Abgrenzung zur Goldach
Anwesend: 14

StR Hölzl trägt vor, dass die vorgenannten Arbeiten vor ca. 4 Wochen durchgeführt worden seien. Er verweist auf die Straße entlang der Goldach zur Villa Kunterbunt. Durch die ausgeführten Arbeiten sei nunmehr das Gefälle zum Bach noch steiler. Nachdem hier keinerlei Begrenzung vorhanden sei, befürchte er mögliche Unfälle. Er bittet um Prüfung.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

Auf Nachfrage erläutert Herr Spangler kurz die vorgesehenen Straßeninstandsetzungsarbeiten im Bereich Bahnhofstraße bis Parkhaus sowie Obere Hauptstraße und Untere Hauptstraße, Ziegelgasse und Marienplatz.

Herr Spangler bedankt und verabschiedet sich.

AOD 650, lfd. Nrn. 29 bis 31 Asamkomplex

OVRin Hagl erläutert, dass entsprechend der Besprechung mit den Referatsleitern und der Fraktionsberatungen nur die entsprechenden Planungsmittel in der angeforderten Höhe eingestellt werden, auch mit einer Verpflichtungsermächtigung für 2013. In 2014 und 2015 werden aber einstweilen keine Mittel für eine Umsetzung angesetzt, da diese in einer Dimension liegen, die den Haushalt in den Folgejahren binden, so dass hierfür eine gesonderte Beschlussfassung über die Art der Umsetzung erforderlich sei.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Referent StR Vogl merkt aufgrund eines Ortstermins dazu an, dass es wichtig sei, die Maßnahmen, die eines schnellen Handelns bedürfen, auch schnell zu planen. Wenn bekannt sei, dass z. B. Dinge verfallen, verfaulen und Hausschwamm vorhanden sei, und dann nicht mit der Umsetzung begonnen werde, erzeuge dies bei ihm ein Störgefühl. Eigentlich müsste man konsequenterweise einen Weg aufzeigen, wie man die notwendigen Maßnahmen wie z. B. auch Brandschutzmaßnahmen (Gefahr der Schließung) zeitnah 2013, 2014 angehen könne. Insofern sei er nicht glücklich, wenn für 2014, 2015 keine Ansätze getroffen werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Einigkeit bestanden habe, dass man sich, sobald Planungen vorliegen, in den Haushaltsplanberatungen darüber Gedanken machen müsse. Aus seiner Sicht werde es nicht gelingen, 2013 eine Generalsanierung in Angriff zu nehmen und den Asamkomplex hierfür zuzusperren. Seines Erachtens müsse eine Realisierung in Teilabschnitten erfolgen, schon aus finanziellen Gründen im Hinblick auf die aktuellen Kostenprognosen.

Die Nachfrage von StR Vogl, dass dann die „0" für 2014 und 2015 nicht endgültig sei, bestätigt der Vorsitzende. Man wolle auch insofern den Finanzplan schonen, der letztlich auch bei der Beurteilung der Rechtsaufsichtsbehörde eine Rolle spiele.

OVRin Hagl ergänzt, dass sie aus diesem Grund auch die jeweiligen Verpflichtungsermächtigungen mit erläutert habe. Im Haushalt seien folgende Verpflichtungsermächtigungen enthalten:

2013	11 Mio. €
2014	18 Mio. €
2015	19 Mio. €.

Hierin sei auch ein Teil für die Westtangente mit beinhaltet, wovon aber ein Großteil durch entsprechende Zuwendungen refinanziert werden könne. Ein Teil der Verpflichtungsermächtigungen könne nur über Kredite gedeckt werden, was bedeute, dass diese bereits genehmi-

gungspflichtig seien. Aus diesem Grund könne man sich derzeit noch nicht damit auseinandersetzen, welche Mittel in 2014 und 2015 konkret im Hinblick auf eine Umsetzung der Maßnahmen beim Asamkomplex einzustellen seien. Wie tatsächlich eine Umsetzung erfolgen könne unter dem Aspekt, dass im Vermögenshaushalt keine ausreichenden Zuführungen möglich seien, sei ein anderes Thema und werde die Haushaltsdispositionen in diesen Jahren bestimmen. Eine derartig große Maßnahme klammere die entsprechenden Haushalte, dessen müsse man sich bewusst sein.

AOD 650, lfd. Nr. 58 Grund- und Hauptschule Vötting, Planungskosten Außenanlagen und 1. Bauabschnitt

OVRin Hagl trägt vor, dass hier der Überprüfungsauftrag gewesen sei, die Kosten nach Zaunanlage und Außenanlage aufzusplitten, mit der Frage, ob dann die Außenanlagen tatsächlich so umgesetzt werden.

Herr Jobst erläutert, dass man ursprünglich einen Haushaltsansatz von insgesamt 390.000 € vorgesehen hatte. Die Maßnahme sei neu kalkuliert worden mit nunmehr 350.000 €. Für das Jahr 2012 könnte man anstatt 200.000 € lediglich 150.000 € ansetzen, für das Jahr 2013 ebenfalls 150.000 € und für das Jahr 2014 nochmals 50.000 €. Diese Zahlen basieren auf einem Grobkonzept:

Bauabschnitt 1	Einfriedung, Radwegeverlegung
Bauabschnitt 2	Pausenhof, Sportflächen
Bauabschnitt 3	Innenhof der Schule.

Geplant sei im Bauabschnitt 1 in 2012 gleichzeitig auch die weiteren Planungsabschnitte zu beplanen. Eine weitere Realisierung in 2013 und 2014 sei dann wohl abhängig von den Finanzmitteln. Die Zuschussmöglichkeiten werden derzeit ebenfalls geprüft.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

StRin Kammler merkt dazu an, dass sie die Notwendigkeit für Vötting nicht abstreiten wolle. Sie weist aber darauf hin, dass die Flächen nach der Einfriedung nicht mehr geöffnet sein werden und daher nicht mehr so wie derzeit noch nachmittags zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass oberhalb als Ausweichfläche hierfür ein Bolzplatz errichtet worden sei. Eine Einfriedung für das Schulgelände halte er aus Sicherheitsgründen für erforderlich.

AOD 650, lfd. Nr. 164 Hallenbad / Turnhalle, Generalsanierung VOF-Verfahren

Herr Jobst erläutert auf Nachfrage, dass es sich bei den 480.000 € in 2013 um Planungskosten für verschiedene Varianten wie z. B. Generalsanierung, Neubau mit 3 Turnhallen usw. handle. Je nachdem, für welche Variante man sich entscheide, müsse man mit 6 bis 8 Mio. € Realisierungskosten rechnen.
Der Vorsitzende ergänzt, dass bekanntlich das Hallenbad von den Stadtwerken Freising zu errichten sein werde. Die Stadt Freising dagegen sei für das Gebäude zuständig.

TOP 5b Berichte und Anfragen
Anfrage StR Hölzl – Sportanlage Attaching; Wohnhaus Schimmelbildung
Anwesend: 14

StR Hölzl weist darauf hin, dass bei dem Wohnhaus in der Sportanlage Attaching Schimmelbildung und Feuchtigkeit festgestellt worden sei. Ursprünglich habe man gedacht, dass eine Leitung undicht sei. Nunmehr habe sich unter Einsatz einer Wärmebildkamera herausgestellt, dass die Feuchtigkeit von der Außenwand durchdringe. Das Schlafzimmer sei total feucht. Er erkundigt sich, ob für eine Beseitigung entsprechende Haushaltsmittel vorgesehen seien. Abhilfe müsse dringend geschaffen werden, da der Schimmel gesundheitsgefährdend sei.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass derartige Maßnahmen aus dem Bauunterhalt zu finanzieren sind.

StRin Nast verlässt den Raum.

StR Hölzl merkt insgesamt dazu an, dass z. B. für die Bereiche Savoyer Au und Luitpoldanlage immer Mittel für Unvorhergesehenes eingestellt seien, während für Attaching nichts Entsprechendes vorgesehen sei. Seines Erachtens müsse hier eine Gleichbehandlung erfolgen. Er kritisiert in diesem Zusammenhang nachdrücklich, dass seit 3 Jahren kein Pachtvertrag mehr für Attaching bestehe.
OVRin Hagl merkt dazu an, dass der Vertrag zwar gekündigt sei, aber trotzdem weiter bestehe, nachdem er von beiden Seiten gelebt werde.
StR Hölzl hat hierfür kein Verständnis und verweist nachdrücklich auf das ehrenamtliche Engagement des Vereins.
Der Vorsitzende erklärt, dass er der Angelegenheit nachgehen werde.

Herr Jobst bedankt und verabschiedet sich.
StRin Nast nimmt wieder an der Sitzung teil.

AOD 660, lfd. Nr. 163 Kunsteisbahn, Generalsanierung Eisstadion

OVRin Hagl erläutert, dass man sich darauf geeinigt habe, für 2012 einen Ansatz von 100.000 € für die Planung einzusetzen.
Herr Piller ergänzt, dass für 2012 bereits eine Verpflichtungsermächtigung von 100.000 € bestehe. Er benötige zusätzlich nochmals 100.000 €, also insgesamt 200.000 €.

Der Vorsitzende teilt mit, dass noch nicht klar sei, ob eine Neuplanung erfolge. Auf jeden Fall erfolge eine Überarbeitung der bisherigen Planung.

Herr Piller trägt vor, dass die genannten Zahlen relativiert werden müssen, hieran arbeite man derzeit.

StR Eschenbacher trägt vor, dass nach der letzten Besprechung der Vorschlag gewesen sei, für eine Realisierung keinen Haushaltsansatz zu treffen. Sobald Klarheit bezüglich der weiteren Vorgehensweise bestehe, werde ggf. ein Nachtragshaushalt aufgestellt. Für die Umplanung seien nunmehr die genannten 200.000 € erforderlich.

Der Vorsitzende kündigt an, dass eventuell vor dem nächsten HA am 21.11.2011, um 16.00 Uhr, zu diesem Thema eine Besprechung stattfindet.

StR Vogl verweist auf die diesbezüglichen Presseveröffentlichungen und die darin genannten Kostensteigerungen. Wenn man gleichzeitig sehe, was die mehrheitlich gewollte Westtangente in den nächsten Jahren kosten werde, sei es seiner Meinung nach mehr als unwahrscheinlich, dass man sich die 4 bis 5 Mio. € für das Eishallendach leisten könne. Er sei hier für Ehrlichkeit. Wenn man sage, dass es in den nächsten 3 bis 4 Jahren nicht gehen werde, dann wäre es momentan vielleicht auch das Beste, die Planung zurückzustellen. 100.000 € seien sehr viel Geld. Hierfür könne man andere Dinge realisieren. Er schlage daher vor, zu überlegen, die 100.000 € herauszunehmen und die Planung zurückzustellen.

Referent StR Irlstorfer spricht sich ebenfalls für Ehrlichkeit in der Diskussion aus. Jedem, der weiterhin an diesem Projekt festhalten möchte, müsse klar sein, dass man hierfür auch Kosten investieren müsse. Die Entscheidung werde hoffentlich dieses Jahr noch fallen, ob man einen ausgeglichenen Haushalt erreiche oder nicht. Die Diskussion sei aus der Kostensteigerung heraus gekommen und hierdurch sei natürlich auch Verunsicherung eingetreten. Seit 2002 werde in dieser Angelegenheit diskutiert.
Eine genaue Detailplanung habe man jetzt erst bekommen können, weil erst im Sommer Mittel für die entsprechende Planung freigegeben worden seien. Jetzt liegen die entsprechenden Zahlen vor. In den Vorberatungen habe man sich darauf geeinigt, dass man keinen Betrag mit bis zu 5,8 Mio. € realisieren könne. Trotzdem habe man sich mehrheitlich für das

Projekt ausgesprochen. Gewisse Standards seien festgesetzt worden: Überdachung, Umkleidekabinen und Tribüne. Die Sicherheitsstandards müssen ganz oben stehen. Aber natürlich brauche man auch eine Finanzierbarkeit. Man wolle sich nicht von dem Thema Sommer- und Winternutzung verabschieden und gleichzeitig soll eine Nutzung bis 24.00 Uhr möglich sein. Das oberste Ziel sei eine schnelle Realisierung, nach Möglichkeit eine Inbetriebnahme Dezember 2012. Die genannten Punkte waren seines Erachtens die Eckpunkte. Der Vorsitzende, Herr Piller und er haben in den letzten 2 Wochen Gespräche geführt und man sei dran, mit Herrn Dr. Flad einen Ansatz für eine Kostenreduzierung für eine Umplanung zu präsentieren. Vermutlich am 21.11.2011 – wie bereits vom Vorsitzenden in Aussicht gestellt – werde eine Umplanung mit belastbaren Zahlen vorgestellt. Dann werde man sehen, welches Ergebnis erzielt werden konnte. Danach benötige man einen Fahrplan zur Realisierung, so dass man spätestens im Januar 2012 Entscheidungen bezüglich einer Realisierung treffen könne. Dann müsse man entscheiden, ob man sich das leisten wolle. Die von ihm vorgeschlagene Deckelung der Kosten wäre ein Ansatz, dass die Stadt z. B. einen Betrag von 3,8 Mio. € und der Förderverein dann den Rest aufbringe. Wenn dies möglich sei, könne man die Maßnahme realisieren. Eine weitere Möglichkeit wäre, einen Betrag einzusetzen und diesen mit einem Sperrvermerk im Haushalt zu versehen. Eine andere Variante wäre, nunmehr die Planungsmittel einzusetzen und dann einen Nachtragshaushalt aufzustellen. Hierüber müsse man entscheiden.

Bgm. Zierer erinnert an die Historie der Angelegenheit. Man sei jetzt sehr nahe an der Realisierung gewesen. Es wäre jetzt vielleicht auch unehrlich zu sagen, man ziehe wieder zurück, weil die Kosten zu hoch geworden seien. Man wisse, was man wolle. Insofern würde er sich für einen Haushaltsansatz mit 4 Mio. € aussprechen. Damit würde man auch kundtun, dass man zu der Überdachung mit den genannten Prämissen stehe. Wenn eine Realisierung zu diesem Betrag möglich sei, dann sollte man das Projekt auch in Angriff nehmen. Der Ansatz gehöre seines Erachtens in den Haushalt und sollte nicht mehr weiter verschoben oder über einen eventuellen Nachtragshaushalt in Aussicht gestellt werden. Wenn heute kein diesbezüglicher Beschluss möglich sei, dann sollte die Angelegenheit heute zurückgestellt und am 21.11.2011 nochmals aufgegriffen werden.

StRin Bönig ist nicht der Meinung, dass man das Thema zurückstellen sollte. Sie sei der Auffassung, man sollte die Planungskosten im Haushalt belassen. Im Sommer habe man eine entsprechende Entscheidung hierzu gefällt. Eine Umsetzung zu den aktuell genannten Zahlen werde zwar nicht möglich sein, aber grundsätzlich habe man sich mehrheitlich für eine Überdachung ausgesprochen. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich Referent StR Weinzierl die Anlage in Lindau angesehen habe. Diese Variante komme wohl schon aus Lärmschutzgründen nicht in Frage. Es müsse nunmehr eine Überplanung stattfinden und dann werde man weitersehen.

StRin Lintl erkundigt sich, wie es eigentlich zu den Kostenmehrungen gekommen sei. Dies sei aus den entsprechenden Veröffentlichungen nicht deutlich geworden. Sie verweist auf das Planungsinstrument Kostenschätzung bei den Planungsbüros. Möglicherweise sei hier etwas vergessen worden.

Der Vorsitzende erläutert, dass nichts vergessen worden sei. Er bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die teilweise sehr negativen Äußerungen in der Presse von Eislauffans. Er stellt fest, dass die Planung in Absprache mit Verantwortlichen des Eislaufvereins erfolgt sei. Die Verantwortlichen des Vereins haben ihre Vorstellungen eingebracht. Ursprünglich seien hier z. B. 10 Umkleidekabinen und ein zusätzlicher Trainingseisplatz gewünscht worden. Hauptverantwortliche des Vereins hätten davor gewarnt, eine Stahllösung zu wählen, da sich ständig Kondenswasser bilde und auf die Eisfläche tropfe.
Bis heute liege noch keine verbindliche Aussage zum Lärmschutz vor, weil bekanntlich eine Sommernutzung gewünscht werde und auch die Eishockeyspieler bis 24.00 Uhr spielen wollen. Dies habe natürlich Auswirkungen auf die Anlieger und insofern müsse der Lärmschutz entsprechend berücksichtigt werden. Wichtig sei seines Erachtens die statische Sicherheit. Letztlich sei hier eine Vielzahl von Punkten noch nicht geklärt. Er persönlich spreche sich dagegen aus, jetzt eine Summe „x" in den Haushalt aufzunehmen, zunächst müsse eine durchgeplante Maßnahme bzw. Entwurfsplanung vorliegen, nach der dann auch eine Kostenschätzung erfolgen könne. Diese Zeit sollte man sich noch nehmen. Er würde – wie im Vorgespräch besprochen – die Planungsmittel mit nunmehr 200.000 € einsetzen und dann bei

Vorliegen einer abgestimmten Planung einen Nachtragshaushalt aufstellen. Im Vorgespräch hätten sich alle grundsätzlich positiv zur Realisierung einer Überdachung geäußert. Diese sollte aber erst dann erfolgen, wenn konkrete Kosten vorliegen.

StRin Eberhard verlässt den Raum.

StR Eschenbacher schließt sich StRin Bönig an, dass die grundsätzliche Entscheidung für eine Überdachung mit dem Projektbeschluss bereits gefallen sei. Die Fläche sei so saniert worden, dass die Haltbarkeit auf Dauer nur gewährleistet sei, wenn eine Überdachung erfolge. Man könne zwar möglicherweise eine Verschiebung vornehmen, aber sicherlich nicht gänzlich darauf verzichten, weil man dann grundsätzlich eine andere Lösung hätte verfolgen müssen. Nunmehr gehe es um die Umsetzung. Er hielte es auch für etwas gefährlich, jetzt einfach einen Haushaltsansatz zu treffen. Wenn man z. B. 4 Mio. € einstelle, dann werde natürlich jeder Planer auch für 4 Mio. € planen. Möglicherweise sollte man die ganzen Maßnahmen kostenmäßig aufschlüsseln wie z. B. die Lärmschutzmaßnahmen für die letzten beiden Stunden bis 24.00 Uhr. Unter Umständen seien dies von der Relation her so unterschiedliche Kosten, dass man beispielsweise notfalls auf diese beiden letzten Stunden Spielzeit verzichte, wenn man sich dadurch vielleicht einen Millionenbetrag sparen könne, gleiches gelte für eine Sommernutzung. Letztendlich benötige man die neue Planung, um eine entsprechende Beurteilung vornehmen zu können. Die nunmehr vorliegende Kostenmehrung erschließe sich ihm – auch wenn hier höhere Standards genannt worden seien – ebenfalls noch nicht.

StRin Sahlmüller führt aus, dass für sie das ganze Unternehmen immer zweifelhafter werde. Ihres Erachtens werde das Thema der laufenden Kosten zu wenig in Ansatz gebracht. Soweit sie sich erinnere, seien hier in den Vorgaben zum Teil bis zu 400.000 € pro Jahr an laufenden Kosten genannt worden. Sie möchte sich eigentlich nicht mehr dafür rechtfertigen müssen, dass die Politik das Geld zum Fenster rauswerfe. Irgendwann müsse man sich zum Thema „Sparen“ bekennen und nicht einen Haushalt aufblähen, den man dann letztlich nicht mehr im Griff habe. Sie werde diesem Thema künftig nicht mehr zustimmen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Der Vorsitzende trägt vor, dass er zu der Eisfläche und einer Überdachung stehe. Er sei der Meinung, dass hierfür ein Bedarf für die Kinder, Jugendlichen und Familien bestehe. Ausflüge zum Skifahren ins Voralpenland können sich zwischenzeitlich viele nicht mehr so einfach leisten. Hier müsse man etwas tun. Der Stadtrat habe sich mit der Überdachung auseinandergesetzt und sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, weil diese auch witterungsbedingt beim Betrieb Kosten spare. Des Weiteren wolle man die Verfügungsgewalt über die Eisfläche haben und diese nicht dem Verein überlassen. Man wolle auch eine Sommernutzung haben. Aus diesen Gründen müsse auch der Lärmschutz geklärt werden. Seines Erachtens sollte man sich nunmehr die Zeit noch nehmen, um einen vernünftige Planung zu erhalten, aus der dann auch die weitere Vorgehensweise klar werde. In den Fraktionsvorberatungen habe sich seiner Erinnerung nach auch niemand dagegen ausgesprochen.

StRin Eberhard nimmt wieder an der Sitzung teil.

StR Irlstorfer bezieht sich auf die von StRin Lintl angesprochene Kostenexplosion. Man dürfe nicht vergessen, dass eine Kostenschätzung nach Machbarkeitsstudie vorliege, die im Jahr 2009 die Maßnahme mit 4.395.000 € beziffert habe. Dann sei der Gastronomiebereich mit Schätzkosten von 394.000 € herausgenommen worden. Damals seien die Kosten für die Eisflächensanierung noch mit 546.000 € angenommen worden. Heute sei bekannt, dass diese Kosten ca. 730.000 € betragen haben. Dann habe es geheißen, dass die Kosten für Umkleiden, Tribüne, Dach incl. Außenanlagen und Baunebenkosten 3.455.000 € betragen. Danach sei der Bereich Elektro, Heizung, Lüftung und Sanitär herausgerechnet worden. Ursprünglich seien für den Bereich Elektro 90.000 € und für Heizung, Lüftung, Sanitär 293.000 € angedacht gewesen, so dass sich die Projektkosten auf 3.070.000 € belaufen haben. Heute sei bekannt, dass fast 30 % Massenmehrungen zu verzeichnen seien zuzüglich Kostensteigerungen. Für den Bereich Elektro sei nunmehr ein Betrag von 685.000 € und bei Heizung, Lüftung, Sanitär ein Betrag von 526.000 € anzusetzen. Hieraus sei wieder zu ersehen, dass nichts billiger werde. Es habe zwar damals Gründe gegeben, das Projekt nicht in Angriff zu nehmen, andererseits wäre aber auch eine Chance zur Durchführung gegeben gewesen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

StRin Heinlein-Zischgl verlässt den Raum.

Zu den vom Vorsitzenden angesprochenen Kommentaren in der Presse möchte er klarstellen, dass es sich hier um Fanmeinungen gehandelt habe und nicht um Funktionärsmeinungen. Er könne die Emotionen nachvollziehen. Es gebe eine große Verunsicherung im Bereich der Sponsoren. Es werde ein weiteres Zeichen von der Politik erwartet, dass man den nächsten Schritt tun wolle. Es sei immer die Argumentation gewesen, der 1. Schritt sei die Sanierung der Eisfläche und der 2. Schritt die Überdachung usw.. Der 1. Schritt, die technische Sanierung der Eisfläche, sei so ausgeführt worden, dass eine Überdachung benötigt werde. Ansonsten hätte man grundsätzlich eine andere technische Ausführung wählen müssen. Nunmehr stehe der nächste Schritt an und hierfür benötige man noch etwas Zeit. Es sei seines Erachtens fair, wenn man nunmehr dem Planer, der das Projekt begleitet habe, die Möglichkeit zu einer konkreten Umplanung gebe. Bezüglich einer Planung mit dem Baustoff Stahl habe er in Erfahrung gebracht, dass die günstigere Variante mit Baustoff Holz wäre, so wie für Freising geplant. Derlei Aussagen müssen seriös geprüft und letztlich dann politisch abwogen werden. Er hoffe, dass bis Jahresende eine konkrete Planung vorliege, um dann eine Entscheidung treffen zu können. Natürlich hätte er – wie von Bgm. Zierer angesprochen – auch gerne einen entsprechenden Ansatz im Haushalt. Letztlich sei dies aber eine politische Entscheidung.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass nunmehr 2 Vorschläge vorliegen:

Vorschlag Bgm. Zierer	Haushaltsansatz 4 Mio. €
Vorschlag OB Thalhammer	Haushaltsansatz Planungskosten 200.000 €.

Der Vorsitzende sichert zu, sobald eine Planung mit Kostenschätzung sowie „Fahrplan" vorliege und das Gremium sich über die Einzelheiten im Klaren sei, einen Nachtragshaushalt vorzuschlagen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Bgm. Zierer trägt vor, das man von einer Umplanung spreche, aber bei dem Kostenrahmen wohl eine Neuplanung erfolgen werde. Er könne sich nicht vorstellen, dass bei einer Umplanung 1/3 eingespart werden könne. Er erkundigt sich, bis wann man definitiv mit dem Ergebnis einer kostensparenden Planung rechnen könne.

Der Vorsitzende teilt dazu mit, dass der Architekt, der bisher mit der Planung betraut sei, einen Urheberrechtsschutz habe.

StRin Lintl verlässt den Raum.

Der Vorsitzende trägt weiter vor, dass die Umplanung auf der alten Planung aufbaue. Er weist nochmals darauf hin, dass vor der nächsten HA-Sitzung am 21.11.2011 hierzu eine Beratung stattfinden werde.

StRin Heinlein-Zischgl nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Piller erläutert, dass ein Hauptproblem nicht nur die Kostensteigerung sei sondern dass man auch ein Zeitproblem habe. Streng genommen hätte diese Entwurfsplanung in einem Ausschuss vorgestellt und diskutiert werden müssen. Es liegen aber abschließend noch keine Pläne und auch Kosten zum Thema Lärmschutz vor, weil eben hier noch Zeit benötigt werde. Einen Schnellschuss sollte man hier nicht machen.

StRin Lintl nimmt wieder an der Sitzung teil.

Bezüglich der Kostensteigerungen macht er darauf aufmerksam, dass in 2009 Weltwirtschaftskrise gewesen sei. Man hatte ein Kostenangebot einer namhaften bayerischen Firma. Es gebe in Bayern momentan nur noch 3 Firmen, die eine derartige Technik beherrschen. Dies allein beeinflusse den Marktpreis. Er bitte noch um Geduld bis zum 21.11.2011. Er gehe davon aus, dass der Planer bei der Vorstellung dabei sein werde. Im Anschluss werde eine politische Diskussion erfolgen müssen.

Bgm. Zierer trägt vor, dass dann sinnvollerweise eine Abstimmung erst am 21.11.2011 erfolgen sollte.

StR Hölzl bringt vor, dass der eigentliche Ausgangspunkt für das Thema Eislauffläche der Versuch gewesen sei, für Freising, für Eissportler und für Eisläufer eine Freizeiteinrichtung zu schaffen. Er habe nunmehr aber den Eindruck, dass nur noch von den Anforderungen des Eishockeyvereins die Rede sei. Ihm stelle sich die Frage, ob man eine Eisfläche für die Allgemeinheit oder nur für den Eishockeyverein wolle.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Grundidee die Nutzung für die Allgemeinheit sei. Von Seiten der Verwaltung habe sich hieran nichts geändert. Er schlage aber trotzdem vor, für die Planungskosten heute 200.000 € in den Haushalt 2012 einzusetzen und sobald Fakten vorliegen, einen Nachtragshaushalt aufzustellen. Außerdem sei man bestrebt, bis zur Stadtratsitzung am 23.11.2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

StRin Eberhard äußert ihr Unverständnis, nachdem in den Vorberatungen über das weitere Vorgehen Einigkeit bestanden habe, warum heute nunmehr wieder ausführlich diskutiert werden müsse.

StR Grimm erklärt, dass wohl allen klar sei, dass mit einem Eisdach kein ausgeglichener Haushalt möglich sein werde. Wenn man zum jetzigen Zeitpunkt einen entsprechenden Haushaltsansatz treffe, dann sei hierfür eine Kreditaufnahme notwendig. Dies sei die politische Entscheidung. Seines Erachtens sollte man einen ausgeglichenen Haushalt anstreben und am 21.11.2011 über das weitere Vorgehen entscheiden.

Der Vorsitzende erläutert, dass man am 21.11.2011 soweit kommen könne, dass anhand der vorgestellten Planung eine Kostenschätzung beauftragt werden könne.

StR Vogl fasst zusammen, dass man auch ohne Überdachung der Eisfläche noch ca. 5,5 Mio. € von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt sei. Insofern bleibe er bei seiner

---

Feststellung, dass er für die nächsten Jahre keine Finanzierbarkeit für eine Überdachung sehe.

Beschluss Nr. 331/72a

Anwesend: 14 Für: 10 Gegen: 4 den Antrag

Im Haushalt 2012 wird ein Ansatz von 200.000 € für Planungsmittel Kunsteisbahn, Generalsanierung Eisstadion aufgenommen.

StRin Bönig verlässt den Raum.

StR Irlstorfer verlässt um 19.50 Uhr die Sitzung. Bgm. Schwaiger nimmt ab diesem Zeitpunkt in seiner Vertretung teil.

AOD 660, lfd. Nr. 221 Planung Westtangente

OVRin Hagl weist darauf hin, dass – wie zu ersehen – das Projekt bis 2015 finanztechnisch durchgeplant sei. Theoretisch ginge es in den Einnahmen und Ausgaben noch weiter bis 2018. Dies könne man aber haushaltstechnisch und –rechtlich so nicht abbilden. Eigentlich sei der Wunsch von Herr Piller gewesen, das Projekt durchzuplanen und mit entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen zu versehen, weil es sich eben um eine Gesamtmaßnahme handle, die ausgeschrieben werden müsse und mit der Ausschreibung eine entsprechende Verpflichtung gegeben sei. Dies sei aber rein rechtlich und technisch haushaltsmäßig nicht möglich. Voraussetzung für die Ausschreibung sei aber der Abschluss des Grunderwerbs und die Klärung der Zuwendungen. Deshalb habe man sich darauf verständigt, das Projekt bis 2015 durchzuplanen. Es müsse dem Stadtrat aber bewusst sein, dass danach noch entsprechende Mittel anfallen. Parallel dazu habe man natürlich auch die Einnahmen durchgeplant und somit eine reine Nettobetrachtung vorgenommen. Man gehe davon aus, dass die Zu-

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

---

schüsse des Landkreises und der Flughafen München GmbH sowie auch die GVFG-Zuschüsse zeitnah abschlagsmäßig eingehen, also nicht erst im Nachgang zu einer eventuell abgeschlossenen Maßnahme und dementsprechend eigentlich keine Zwischenfinanzierung über ein Bayerngrundmodell benötigt werde, da am Ende die Nettobelastung im Haushalt stehen bleibe. Wenn man die angenommenen Einnahmen und Ausgaben gegenüberstelle, dann habe man folgende Nettobelastungen

2012	1.690.000 €
2013	2.840.000 €
2014	4.220.000 €
2015	3.750.000 €
insgesamt bis 2015	12.500.000 €.

Wie bereits ausgeführt, gehen die Ausgaben und Einnahmen bis 2018 noch weiter. Geplant sei derzeit mit einer Nettobelastung von insgesamt 16 Mio. € bei der Stadt Freising.

Herr Piller äußert abschließend die Hoffnung, dass man mehr Zuschüsse erhalten werde als bisher von der Verwaltung angesetzt.

StR Vogl bezieht sich auf die jüngsten Äußerungen von Ministerpräsident Seehofer, wenn eine gewisse Baumaßnahme am Flughafen komme, dass man dann mit gewissen Zuschüssen rechnen könne. Er hoffe doch, dass die Überlegungen nicht in diese Richtung gehen bzw. dürfte man eigentlich diese Maßnahme aufgrund dessen gar nicht mehr aktiv angehen.

StRin Bönig nimmt wieder an der Sitzung teil.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

AOD 661, lfd. 193 Beschaffung von Fahrzeugen

StR Vogl verweist auf die Ansätze in den letzten Jahren und erkundigt sich, ob hier nicht eine Reduzierung möglich sei.

Der Vorsitzende bezieht sich ebenfalls auf die Haushaltsberatungen in den letzten Jahren. Es sei mit Herrn Piller ein Mehrjahresplan vereinbart worden. Einsparungsmaßnahmen werden hier nachhaltig verfolgt. Herr Piller habe letztes Jahr alle Anstrengungen unternommen und teilweise auf dem Gebrauchtwagenmarkt Ersatz gefunden. Die Chancen seien hierfür momentan schlecht.
OVRin Hagl ergänzt, dass man den Ansatz im Vorgespräch bereits entsprechend reduziert habe.

Bgm. Zierer verlässt den Raum.

Herr Piller erläutert, dass die zu betreuenden Anlagen immer mehr werden. Das Personal sei auf funktionierende Gerätschaften angewiesen. Die Geräte seien über 60 % im Einsatz und damit sei eine Fremdvergabe dieser Arbeiten nicht sinnvoll. Er verweist auf die anfallenden hohen Reparaturkosten, wobei die Geräte über 20 Jahre alt seien. Man habe sich in den Haushaltsdiskussionen darauf verständigt, die erforderlichen Anschaffungen möglichst auf mehrere Jahre zu verteilen. Er habe sich auf diese Vereinbarung eingelassen, wobei in diesem Jahr bereits in den Vorgesprächen 100.000 € gestrichen worden seien. Letztes Jahr habe man noch Gebrauchtgeräte bzw. Vorführgeräte erhalten. Momentan seien Vorführgeräte nicht käuflich zu erwerben. Bei der nächsten lfd. Nr. 287 sei man derzeit mit einer Firma in Verhandlungen, für eine Kehrmaschine eine Teststrecke einzurichten und hierfür einen entsprechenden Nachlass auszuhandeln.

Bgm. Zierer nimmt wieder an der Sitzung teil.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

AOD 661, lfd. 287 Straßenreinigung, Beschaffung von Fahrzeugen, Kehrmaschine

OVRin Hagl trägt vor, dass es sich hier um die bereits angesprochene Beschaffung einer Kleinkehrmaschine handle. Sie weist darauf hin, dass entsprechende Einnahmen über die Straßenreinigungsgebühren gegenüberstehen.
Herr Piller ergänzt, dass zwei gleichaltrige Kleinkehrmaschinen vorhanden seien. Für das Jahr 2013 sei bereits die nächste Kleinkehrmaschine als Ersatzbeschaffung eingestellt. Der Verschleiß bei der ersten Maschine sei wesentlich höher. Beide Kehrmaschinen seien ca. 10 Jahre alt und weisen jeweils ca. 10.500 Einsatzstunden auf, also pro Jahr weit über 1.000 Einsatzstunden, somit Vollauslastung.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass aufgrund der heutigen Beratungen der Haushalt nochmals verwaltungsintern überarbeitet werde, insbesondere sollen die Ansätze bei den Einnahmen nochmals im Hinblick auf mögliche Anhebungen überprüft werden mit dem Ziel, zur nächsten HA-Sitzung am 21.11.2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

StR Eschenbacher erkundigt sich nach möglichen Verlegungsplänen für den Städtischen Bauhof. Der Bereich des jetzigen Bauhofs sei in der Innenstadtkonzeption enthalten. Seines Erachtens wäre hier eine Mehreinnahme zu erwarten für den Fall, dass der Bauhof verlegt und das bisherige Betriebsgelände im Zuge der Innenstadtkonzeption vermarktet werde.

Herr Piller trägt vor, dass man natürlich hierzu Überlegungen angestellt habe. Man gehe aber davon aus, dass der Erlös eines möglichen Grundstücksverkaufs bei weitem nicht die Kosten für eine Verlagerung des Bauhofs abdecke.

StR Eschenbacher würde interessieren, was die Stadtgärtnerei an entsprechenden Gebäuden benötige.
Herr Piller teilt mit, dass es für den Bereich der Stadtgärtnerei seit Jahren eine relativ exakte Planung gebe.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Der Vorsitzende schlägt StR Eschenbacher vor, die Thematik in einem Gespräch mit Herrn Piller zu klären.

Die Haushaltsberatungen werden bis zur nächsten HA-Sitzung am 21.11.2011 zurückgestellt.

VARin Frohnapfel und Herr Piller bedanken und verabschieden sich.

TOP 4 Aufsichtsratsumbesetzungen
Anwesend: 14

StR Vogl und Bgm. Zierer verlassen den Raum.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Punkt auf Bitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute nochmals zurückgestellt werde. StR Eschenbacher habe aus Sicht der Fraktion Freisinger Mitte zugestimmt.
Der Punkt sollte aber in der nächsten Sitzung behandelt werden, um eine abschließende Beschlussfassung in der StR-Sitzung am 23.11.2011 herbeiführen zu können.

TOP 5c Berichte und Anfragen
Anfrage Freisinger Tagblatt und Kath. Kirche bezüglich der Veranstaltung von Podiumsdiskussionen anlässlich der Oberbürgermeisterwahl 2012
Anwesend: 12

Der Vorsitzende trägt vor, dass sowohl das Freisinger Tagblatt als auch die Kath. Kirche wegen einer miet- und nebenkostenfreien Zurverfügungstellung des Asamsaals bzw. der Luitpoldhalle für die Veranstaltung von Podiumsdiskussionen nachgefragt haben. Er bittet das Gremium um Zustimmung.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (72.) vom 07. November 2011

Bgm. Schwaiger merkt in diesem Zusammenhang an, dass die efi am 24.11.2011 ebenfalls eine Podiumsdiskussion im Rathaus, Großer Sitzungssaal, veranstalten wolle.

Der Vorsitzende würde hier eine Gleichbehandlung vorschlagen, wobei er allerdings politische Veranstaltungen im Rathaus nicht so gerne sehe.
VR Widmann teilt dazu mit, dass die Veranstaltung der efi ursprünglich für den Asamsaal vorgesehen gewesen sei. Die Bayer. Staatskanzlei sei anlässlich einer Veranstaltung im Kardinal-Döpfner-Haus sehr kurzfristig auf die Stadt wegen einer Veranstaltung im Großen Sitzungssaal des Rathauses zugekommen. Dieser habe sich als zu klein herausgestellt, so dass man nach Rücksprache mit der efi einen Tausch der Räumlichkeiten vorgenommen habe und daher ausnahmsweise die Podiumsdiskussion im Großen Sitzungssaal des Rathauses stattfinde.
Auf Nachfrage erläutert VR Widmann, dass sich Herr Kleindienst, efi, über die Beengtheit der Räumlichkeiten (max. 80 Personen) im Klaren sei.

Beschluss Nr. 332/72a
Anwesend: 12 Für: 12 Gegen: 0 den Antrag

Der Asamsaal bzw. die Luitpoldhalle sowie der Große Sitzungssaal werden für die Veranstaltung von Podiumsdiskussionen im Zuge der Oberbürgermeisterwahl 2012 miet- und nebenkostenfrei zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Presse und schließt um 20.09 Uhr die öffentliche Sitzung.

Dieter Thalhammer
Oberbürgermeister

Irene Striegl
Schriftführerin